

***Initiativantrag der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
am 4.5.12 von der KDV beschlossen***

An den SPD-Landesvorstand

Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert, die Durchführung einer Mitgliederbefragung zur Wahl des Landesvorsitzenden zu beschließen und damit den entsprechenden beim Landesverband eingereichten Anträgen auf ein Mitgliederbegehren bzw. auf ein Mitgliederentscheid als erste Stufe für eine Mitgliederbefragung zu entsprechen und ein weiteres Verfahren damit gegenstandslos zu machen. Hierzu ist unverzüglich eine außerordentliche Landesvorstandssitzung einzuberufen.

Begründung

Das komplizierte und langwierige Verfahren über ein Mitgliederbegehren und einen Mitgliederentscheid zu einer Mitgliederbefragung bezüglich der Wahl des Landesvorsitzenden zu kommen, beansprucht unnötig lange Zeit und erzeugt in der Öffentlichkeit das Bild einer zerrissenen Partei. Da es mittlerweile mehrere Anträge auf Durchführung eines Mitgliederbegehrens zur Durchführung einer Mitgliederbefragung gibt, kann der Landesvorstand den Weg frei machen für die gewünschte Partizipation der SPD-Mitglieder, sodass die Mitgliederbefragung unverzüglich angegangen werden kann, ohne vorher einen zeitintensiven Mitgliederentscheid durchführen zu müssen.

**Initiativantrag der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
am 4.5.12 von der KDV beschlossen**

An den Landesvorstand der SPD Berlin

Der Kreis ist der Auffassung, dass bei der anstehenden Wahl eines/einer neuen Landesvorsitzenden, bei der es mehr als eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten gibt, alle Mitglieder der Berliner SPD beteiligt werden sollen und – entgegen dem Willen einer Mehrheit des SPD-Landesvorstands – eine Mitgliederbefragung gem. § 14 (11) OrgSt durchgeführt werden soll.

Der Kreis beschließt daher die Beantragung zur Durchführung eines Mitgliederentscheids gem. § 13 OrgSt mit der Fragestellung:

„Soll im Vorfeld der Wahl zum Landesvorsitzenden Berlin eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden? [Ja] / [Nein]“.

Begründung

Der SPD-Landesvorstand hat am 23. April 2012 mit 15:9 Stimmen entschieden, keine Mitgliederbefragung gem. § 14 (11) zur Wahl des Landesvorsitzenden durchzuführen, obwohl zwei alternative Kandidaturen für den Landesvorsitz vorliegen. Denn am gleichen Tag hatte der Kreisvorsitzende der SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Dr. Jan Stöß, seine Gegenkandidatur zum derzeitigen Berliner SPD-Vorsitzenden Michael Müller, der seine erneute Kandidatur bereits Ende 2011 erklärt hatte, bekannt gegeben.

In den letzten Jahren hat es sich bei derartig öffentlichkeitswirksamen Personalentscheidungen in verschiedenen SPD-Landesverbänden mehr und mehr durchgesetzt, alle Mitglieder an der Entscheidung zu beteiligen. Dabei kann weit überwiegend auf nachhaltige Erfolge zurückgeblieben werden:

- Die Beteiligung aller Mitglieder an der Personalentscheidung führte vielfach zur Reaktivierung von Parteistrukturen und der Belebung der demokratischen Diskussionskultur.
- Die Einbeziehung aller Mitglieder in den demokratischen Entscheidungsprozess über die jeweilige Spitzenposition führte zu einer stärkeren Einbindung der Mitglieder und damit zu einer Festigung ihrer Bindung an die eigene Partei, von der sie ein neues Beteiligungs- und Mitentscheidungsangebot erhielten.
- Darüber hinaus haben die Erfahrungen gezeigt, dass die innerparteiliche wie öffentliche Akzeptanz einer durch die Beteiligung der Mitglieder getroffenen Personalentscheidung äußerst hoch anzusehen ist, da sie durch den obersten Souverän unserer Partei, die Basis aller Mitglieder, getroffen wurde. Dies führt weiterhin dazu, dass die innerparteiliche wie öffentliche Beschädigung der unterlegenen Seite minimiert wird, weil die Personalentscheidung auf Basis der höchsten Legitimität und dem offensten und beteiligungsorientiertesten Weg getroffen wurde.

Auch verschiedene Kreise der Berliner SPD wie Spandau und Friedrichshain-Kreuzberg haben das Verfahren der Mitgliederbefragung bei der Auswahl von Bundestagskandidat/innen angewendet und dies als großen Fortschritt für die direkte Beteiligung der Mitglieder und transparente Entscheidungsprozesse dargestellt.

Es ist daher weder nachvollziehbar noch akzeptabel, dass der SPD-Landesvorstand die direkte Beteiligung der Mitglieder in dieser für die Zukunft unserer Partei in Berlin wichtigen Frage mit einer Mehrheitsentscheidung vom Tisch wischte. Dies ist umso unverständlicher, als dass sich unsere Partei erst vor wenigen Monaten auf dem Berliner Bundesparteitag sehr eindeutig und mit überwältigender Mehrheit für mehr Mitspracherechte und direkte Beteiligungsformen der Mitgliedschaft insbesondere bei Fragen unseres Führungspersonals ausgesprochen hat.

Nur mit einer durch eine Mitgliederbefragung legitimierten Wahl einer/eines Landesvorsitzenden wird die Berliner SPD in dieser aktuell durch monatelange Spekulationen und Gerüchte belasteten Situation eine/einen souveränen Vorsitzende/n wählen können, der die Interessen der Partei mit dem notwendig starken Mandat gegenüber dem politischen Gegner, gegenüber der Öffentlichkeit und im politischen Zusammenspiel mit Fraktion und Senat wirkungsvoll und unangefochten vertreten kann.